

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9/1
Bearbeitet von: Paul Sondermann

Datum
25.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

11.04.2002

Betreff:

Verkehrsführung in der Hüttenstraße, Siegen-Geisweid

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Ausführungen der Straßenverkehrsbehörde zu und ist mit der Rücknahme der vollzogenen straßenverkehrsbehördlichen Anordnung zur Abriegelung der Hüttenstraße von der Sohlbacher Straße her einverstanden.

Sachverhalt / Begründung:

Einordnung der Straße im städt. Verkehrsnetz

Die Hüttenstraße ist eine städt. Verbindungsstraße zwischen der Sohlbacher Straße im Norden und der Birlenbacher Straße im Süden. Sie stellt somit die kürzeste Verbindung zwischen der Ortsmitte Geisweid und dem sog. „Hüttental“ mit den dortigen Einkaufseinrichtungen dar.

Ihrem Charakter im Straßennetz der Stadt nach handelt es sich nicht um eine Wohnstraße. Im Flächennutzungsplan der Stadt ist der an die Hüttenstraße angrenzende Gebietscharakter teilweise als Mischgebiet, Kerngebiet, Gewerbegebiet und sogar als Industriegebiet dargestellt.

Parallel zur Hüttenstraße verläuft die vierspurig ausgebaute Geisweider Straße. Die Benutzung dieser Straßenstrecke über die Sohlbacher Straße / Geisweider Straße / Einmündung Birlenbacher Straße erfordert einen ca. 300 – 400 m langen Umweg unter Beachtung von 2 Lichtsignalanlagen.

Im Bedarfsfall ist die Hüttenstraße als Umleitungsstrecke für diesen Abschnitt der Geisweider Straße vorgesehen.

Die Hüttenstraße ist seit 1993 Bestandteil der eingerichteten T 30-Zone.

Maßnahmen zur Verkehrsentslastung bzw. -beruhigung

Seit Ende 1997 spricht sich ein Teil der Anwohner der Hüttenstraße für weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen aus.

Aufgrund durchgeführter Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen sind seitens der Straßenverkehrsbehörde in Abstimmung mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger zur Ausdünnung des Verkehrs und zu einer verhaltenen Fahrweise folgende Maßnahmen getroffen worden:

- Der LKW-Verkehr über 3,5 t ist bis auf den Anlieferverkehr (Zufahrt nur von der Birlenbacher Straße her) aus der Hüttenstraße herausgenommen worden.
- Um eine langsamere Fahrweise zu erreichen, sowie auch unnötigen Schleichverkehr zu vermeiden, waren zunächst punktuell Fahrbahneinengungen durch Aufstellen von Schachtringen vorgenommen worden; später sind als Ersatz hierfür bzw. zusätzlich Halteverbote in der Straße aufgestellt worden, um das Parken zu ordnen und ein versetztes Vorbeifahren zu ermöglichen.
- Zusätzlich waren vor Beginn der Straßenbaumaßnahme in der Birlenbacher Straße aufgrund entsprechender Empfehlungen und Beschlüsse des Verkehrsausschusses in der Mitte der Hüttenstraße zur Fröbelstraße hin Abbiegegebote aufgestellt worden, und zwar sowohl aus Richtung Sohlbacher Straße als auch aus Richtung Birlenbacher Straße. Diese Maßnahmen hatten sich allerdings nicht bewährt. Massive Bürgerbeschwerden waren seitens der Polizei vorgetragen worden. Im Rahmen ihrer Verkehrsüberwachung hatte diese festgestellt, dass die Verkehrsregelung von einem Großteil der Verkehrsteilnehmer nicht beachtet wurde und dass ein Teil der Verkehrsteilnehmer aus Richtung Birlenbacher Straße nach rechts in die Fröbelstraße einbog, um dann nach wenigen Metern wieder zu wenden und dann rechts abbiegend aus der Fröbelstraße ihre vorherige Fahrtrichtung wieder fortzusetzen. Des Weiteren mussten für Rechtsabbieger in die Fröbelstraße weite Umwege in Fahrtrichtung Norden in Kauf genommen werden bzw. bestanden v. a. für unkundige Fahrzeugführer Irritationen hinsichtlich der Wegeführung. Festgestellt worden war, dass ein Teil der Autofahrer die Hüttenstraße über die Hohe Straße / Schießbergstraße umfahren haben und dass dort ein erheblicher Verkehrszuwachs zu verzeichnen war. Es sei verstärkt zu Linksabbiegeverkehren in die Sohlbacher Straße gekommen, in einen relativ unübersichtlichen und unfallträchtigen Einmündungsbereich gegenüber der Parkplatzzufahrt und Haltestelle des ÖPNV.

Der Verkehrsausschuss hatte in seiner Sitzung am 06.02.2001 der Empfehlung der Verwaltung zugestimmt, das Rechtsabbiegegebot aus Richtung Birlenbacher Straße in die Fröbelstraße aufzugeben, das Gebot aus Richtung Sohlbacher Straße zunächst beizubehalten, um hierüber nochmals letztlich nach der Baumaßnahme Birlenbacher Straße zu entscheiden.

Aufgrund erneuter Bürgereingaben vom Juli 2001 war der Straßenverkehrsbehörde seitens des Straßenbaulastträgers ein neuer Beschilderungs- und Markierungsplan im September 2001 vorgelegt worden der vorsah, die Hüttenstraße aus Richtung Sohlbacher Straße abzuriegeln. Als Folge hieraus ist eine sog. unechte Einbahnstraße entstanden.

Aufgrund der bisherigen teilweise negativen Umsetzungsmaßnahmen zur weiteren Verkehrsberuhigung sowie aufgrund der Gesetzeslage gem. § 45 Abs. 9 StVO, wonach Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nur dort anzuordnen sind, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist bzw. Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden dürfen, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, waren Bedenken seitens der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei erhoben worden.

Allerdings ist letztlich die Auffassung vertreten worden, unter Hinweis auf § 45 Abs. 1 Ziff. 6 StVO zur Erforschung des Verkehrsverhaltens und der Verkehrsabläufe sowie zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen die Änderung für eine Dauer von 3 Monaten vorbehaltlich der Beschlussfassung des Verkehrsausschusses zu praktizieren.

Dem Verkehrsausschuss war dies in seiner Sitzung am 27.09.2001 mitgeteilt worden. Mit Abschluss der Baumaßnahme Birlenbacher Straße (1. und 2. Bauabschnitt) war die entsprechende Verkehrsbehördliche Anordnung ergangen. Neben der Vornahme entsprechender Beschilderungs- und Markierungsmaßnahmen waren als Folge die Abbiegegebote in die Fröbelstraße sowie die Wegnahme bzw. Stilllegung der Lichtsignalanlage in der Hüttenstraße anzuordnen.

Getroffene Feststellungen / Eingegangene Beschwerden

Nach Umsetzung der Maßnahme am 11.12.2001 sind vor allem im Januar diesen Jahres verstärkt mündliche und schriftliche Beschwerden hinsichtlich der neuen Verkehrsführung bei der Straßenverkehrsbehörde eingegangen. Formale Einsprüche liegen insbesondere seitens einiger Gewerbetreibender vor, die teilweise um ihre Kunden bangen, die erhebliche Umsatzeinbußen reklamieren sowie Schwierigkeiten bei der Vermietung gewerblicher Objekte.

Die Straßenverkehrsbehörde ist aufgerufen, diese Widersprüche sachgerecht zu bearbeiten, wobei die Belange des allgemeinen Straßenverkehrs und der Verkehrsteilnehmer mit den Interessen eines Teiles der Anlieger zu würdigen und abzuwägen sind.

In der Erprobungsphase ist u. a. Folgendes festgestellt worden:

- Ein Teil der die Hüttenstraße bisher benutzenden Fahrzeugführer missachtete die Verbotsbeschilderung der Einfahrt. Diese Erkenntnis stützt sich auch auf Mitteilungen der Polizei.
Es hat sich gezeigt, dass die Akzeptanz des Verkehrsteilnehmers bei solch gravierenden Einschränkungen in die Verkehrsabläufe lediglich durch beschilderungsmäßige Anordnungen sehr gering ist, wenn diese nicht durch bauliche Maßnahmen unterstützt werden.
Von daher musste – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Vermeidung weiterer Unfälle an dieser Stelle – durch die Aufstellung von Schachtringen das Verbot der Einfahrt verdeutlicht werden.
- Durch Umfahrung zur Birlenbacher Straße über die Geisweider Straße verlängert sich der Rückstau im unteren Bereich der Birlenbacher Straße v. a. in den Morgen- und Nachmittagsstunden. Hierdurch wird ein Abfließen der Fahrzeuge auf der Linksabbiegespur von der Geisweider Straße in die Birlenbacher Straße erheblich verlangsamt. Hinzu kommt, dass sich der Verkehrsteilnehmer, sei es ein Anlieger oder Kunde, von Siegen kommend in Richtung Hüttenstraße bereits hier links einordnen muss, da ihm ja die Zufahrt über die Sohlbacher Straße verwehrt ist. Folge

ist eine weitere Vergrößerung des Staus. Hierauf haben mehrere Beschwerdeführer hingewiesen.

- Eine Verkehrszunahme in der Hohe Straße ist zu verzeichnen. Hier wird auf das stark abschüssige letzte Teilstück der Straße zur Birlenbacher Straße hin verwiesen. Von Anliegern der Hohe Straße wird darauf hingewiesen, dass in Kürze per Unterschriftenliste das Begehren an die Stadt gestellt wird, auch hier den Verkehr zu minimieren und eine Einbahnstraßenregelung vorzusehen.

Fazit

Die Straßenverkehrsbehörde kann Verkehrsverbote, -beschränkungen und -umleitungen anordnen, wenn die Anordnung der Wahrung eines der in § 45 Abs. 1 der StVO genannten Schutzgüter dienen soll. Wesentlicher Oberbegriff für die Eingriffszuständigkeit ist nach wie vor die Sicherheit oder Ordnung des Straßenverkehrs. Daneben besteht u. a. als Ermächtigungsgrundlage tätig zu werden der Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen. Die bisher seitens der Straßenverkehrsbehörde zur Hüttenstraße getroffenen Anordnungen in dieser Hinsicht stützten sich u. a. auf vorgenommene Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen.

Bei jeder Tätigkeit zur Umsetzung von Maßnahmen nach § 45 StVO hat die Straßenverkehrsbehörde grundsätzlich im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung vor allem den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bzw. den des sog. Übermaßverbotes zu berücksichtigen und die berechtigten Interessen der Verkehrsteilnehmer und der Anlieger gegeneinander abzuwägen.

Festgestellt werden muss, dass bereits mit den getroffenen Maßnahmen einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h und des LKW-Verbotes die schutzbedürftigen Gründe der Anlieger in diesem Bereich unter Berücksichtigung des Charakters der Hüttenstraße als innerörtlicher Verbindungsstraße hinreichend gewahrt worden sind.

Was die Interessenabwägung angeht, so befinden sich 14 Gewerbebetriebe in der Hüttenstraße. Hiervon sind 7 dem nördlichen Bereich ab Fröbelstraße bis Einmündung Sohlbacher Straße zuzuordnen. Ein Teil dieser Gewerbetreibenden, aber auch Anwohner in diesem Bereich sowie auch andere Verkehrsteilnehmer, beschwerten sich vehement gegen die Abriegelung der Hüttenstraße. So wird – wie bereit vorher aufgezeigt – auf einen sehr starken Rückgang von Kunden hingewiesen, auf finanzielle Einbußen, auf geschäftsschädigende Wettbewerbsnachteile sowie eine auf eine nunmehrige Schlechterstellung bei Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften.

Nicht zuletzt aufgrund des Angewiesenseins der Anlieger und Gewerbetreibenden auf eine möglichst ungehinderte direkte Zufahrtsmöglichkeit zu ihren Grundstücken bleibt festzustellen, **dass die Straßenverkehrsbehörde einer Fortsetzung bzw. endgültigen Festsetzung der Sperrung aus Richtung Sohlbacher Straße nicht zustimmen kann.** Gerade aus diesen Gründen waren die zuletzt getroffenen Anordnungen zeitlich begrenzt auf § 45 StVO gestützt worden „zur Erforschung des Verkehrsverhaltens, der Verkehrsabläufe sowie zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen“.

Der Straßenverkehrsbehörde ist es rechtlich verwehrt, ermessensfehlerfrei derart in die Verkehrsabläufe der Hüttenstraße einzugreifen, wie es aufgrund der Unterbindung der Zufahrtsmöglichkeit von der Sohlbacher Straße zzt. geschieht.
Die entsprechende verkehrsbehördliche Anordnung ist somit zu widerrufen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine